



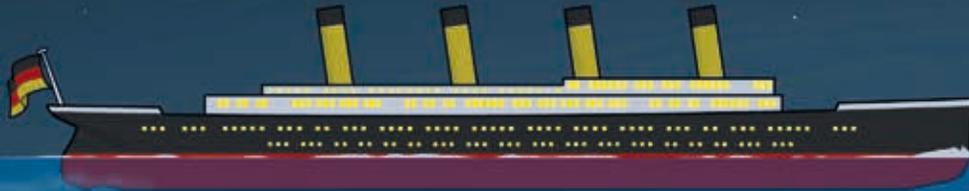
Jürgen Glaubitz: Verdrängung im Einzelhandel

Günter Busch: ver.di auf neuen Wegen?

Beiträge u.a. von

Jörg Deml, Sabine Kebir, Hinrich Kuhls, Joachim Bischoff/Mechthild Schrooten/Björn Radke/Axel Troost/Harald Wolf, Alexander Braun

Forum
Gewerkschaften



Die Republik rückt

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus. Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter www.sozialismus.de. Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Niederlande: 200 Tage ohne legitimierte Regierung



In den Niederlanden gestaltet sich die Regierungsbildung immer noch schwierig. Dennoch schreibt die Verfassung die Thronrede des Königs zur künftigen politischen Ausrichtung des kommenden Regierungsjahres zwingend für den dritten Sonntag im September vor. ...

Bildung auf einen Blick 2017



Schon das zehnjährige Jubiläum des Bildungsgipfels der vollmundig gepriesenen »Bildungsrepublik Deutschland« wurde von Gewerkschaften, Sozialverbänden und Oppositionsparteien im Gegensatz zu den Regierungsparteien CDU/CSU und SPD nicht eben gefeiert. ...

Das portugiesische »Wunder«



Auch im krisengeplagten Portugal macht sich der wirtschaftliche Aufschwung Europas bemerkbar. Im ersten Quartal 2017 wuchs die Wirtschaft des Landes auf das Jahr hochgerechnet um 2,8%. Dieses Tempo erreichte sie zuletzt vor mehr als 15 Jahren.

Linke Herausforderungen angesichts des Rechtsrucks

Redaktion Sozialismus:

Die »Berliner Republik« rückt nach rechts 2

Harald Wolf: Rot-Rot-Grün in Berlin

Zwischenbilanz und (schwierige) Perspektiven 11

Jörg Deml: Herausforderungen an die Sozialdemokratie

(zum gleichnamigen Buch von Uli Schöler) 16

Jonas Christopher Höpken: Wer ist eigentlich Sahra Wagenknecht?

Auskünfte in dem Gesprächsband »Couragierte gegen den Strom« 18

Sabine Kebir: Revolution als strukturelle Gewalt

(zu Bernie Sanders, »Unsere Revolution«) 22

Wie weiter mit Europa?

Joachim Bischoff/Klaus Busch/Mechthild Schrooten/Björn Radke/Axel Troost/

Harald Wolf: Europa – Was wird aus dem deutsch-französischen Tandem? ... 24

Michael Wendt: Ein neuer Dritter Weg? 31

Hinrich Kuhls: Konservative Weichenstellungen für den Brexit 37

Gesundheitssystem – Money talks

Alexander Braun: Gesundheitsökonomik und Politik

Eine ideengeschichtliche Verortung 41

Forum Gewerkschaften

Thorsten Schulten/Torsten Müller: Stärkere Lohnkoordination in Europa?

Ein Resümee der Debatte 45

Otto König/Gerhard Wick/Richard Detje: Konfliktreiche Tarifrunde 2017/18?

Forderungen der IG Metall nach »Lohnerhöhungen« und »kurzer Vollzeit« ... 49

Für eine offensive Gewerkschaftspolitik der IG Metall – sieben Thesen 52

Jürgen Glaubitz: Verdrängung im deutschen Einzelhandel

Erbitterter Wettbewerb auf dem Rücken der Beschäftigten 54

Günter Busch: Mehr Kampfkraft durch Organisationsreform?

Die Gewerkschaft ver.di auf neuen Wegen 58

Besprechungen | Impressum | Veranstaltungen | Film

Holger Czitrich-Stahl: Das »andere Deutschland« oder »die unbekannte DDR«?

(zu Siegfried Prokop, »Die DDR hat' nie gegeben«) 64

Siegfried Prokop: Der Beginn der Sozialen Marktwirtschaft (zu Uwe Fuhrmann,

»Die Entstehung der »Sozialen Marktwirtschaft«) 66

Impressum 65

Veranstaltungen & Tipps 68

Klaus Schneider: Körper und Seele (Filmkritik) 69

Supplement

Michael Brie/Joachim Bischoff: **Ist der Kapitalismus am Ende?**

Über Gesellschaftsanalyse, Interregnum, Produktivitätsrätsel und fehlende Systemopposition

Europa: Was wird aus dem deutsch-französischen Tandem?

von ■ Joachim Bischoff, Klaus Busch, Mechthild Schrooten, Björn Radke, Axel Troost und Harald Wolf

»Es läuft wirklich gut. Die Euro-Krise ist endgültig überstanden«, lässt sich der Chef des Euro-Rettungsfonds ESM, Klaus Regling, in einem Interview mit dem Handelsblatt aus.¹ In der Tat: Ein Auseinanderbrechen der Eurozone scheint zumindest aktuell erst einmal verhindert worden zu sein. Aber dies geht weniger auf eine gezielte europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik zurück, als auf die geldpolitischen Entscheidungen der Europäischen Zentralbank. Sie hat mit ihren unkonventionellen Maßnahmen die Eurozone stabilisiert und ein Scheitern des Euros verhindert.

Das Fundament der europäischen Währungsunion ist jedoch nach wie vor brüchig, alle Probleme des Euroraums sind nach wie vor virulent:

■ Es herrscht weiterhin Massenarbeitslosigkeit in Europa. Zwar ist die Arbeitslosigkeit in der Eurozone gesunken. Dahinter verbirgt sich jedoch eine Zunahme von prekärer und (erzwungener) Teilzeitbeschäftigung. Die Arbeitsstunden pro Beschäftigten lagen 2016 ca. vier Prozent unterhalb des Niveaus von 2008. So stieg insbesondere bei Jugendlichen der

Anteil der Teilzeitbeschäftigten von 25,6% in 2008 auf 32,6% an.²

- Die Jugendarbeitslosigkeit in der Eurozone insgesamt beläuft sich auf 19%, noch dramatischer sind die Zahlen in Griechenland mit 46,6%, Spanien mit 38,6%, Italien mit 28,4% und Portugal mit 24,6%.³
- Das Erstarken nationalistischer Parteien in der europäischen Parteienlandschaft, deren Aufstieg in den Niederlanden und Frankreich zuletzt abgebremst worden war, geht mit dem Einzug der AfD in den Bundestag weiter.
- Es bestehen nicht nur erhebliche soziale und sozialpolitische Divergenzen zwischen den einzelnen Mitgliedsländern, sondern zugleich wächst die Einkommens- und Vermögensungleichheit innerhalb der einzelnen Staaten. Nach wie vor gibt es ein erhebliches Lohngefälle zwischen den Geschlechtern (Gender pay gap). Soziale Ungleichheit birgt die Gefahr von weiteren Spannungen für die Eurozone.
- Die Investitionen in der Eurozone sind noch immer zu niedrig. Die Investitionsquote – gemessen als Anteil der Investi-



Angela Merkel und Emmanuel Macron, Kabinettsstreffen in Paris, 12.7.2017 (dpa)

tionen am BIP – liegt noch immer zwei Prozentpunkte unter dem Niveau am Beginn der 2000er Jahre.⁴

- Die europäischen Banken kranken noch immer an notleidenden Krediten in Höhe von ca. einer Billion Euro. Das entspricht ca. sieben Prozent der Wirtschaftsleistung der Eurozone. Allein die italienischen Banken haben ca. ein Drittel der notleidenden Kredite der gesamten Eurozone in ihren Büchern.
- Die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Eurozone existieren fort. Während die Wirtschaftsleistung der Eurozone Ende 2015 das Vorkrisenniveau erreichte, wird Griechenland selbst bei einem kontinuierlichen Wachstum von 2,5% erst im Jahr 2030 das Niveau von 2007 erreichen. Italien könnte (bei unterstelltem kontinuierlichem Wachstum von knapp unter einem Prozent) dieses Niveau 2021 erreichen.⁵ Kurz: Die Kluft zwischen den Nordländern und den Ländern an der Peripherie schließt sich nicht, sondern wird immer größer.
- Kapital fließt in großem Umfang von der Peripherie in den Norden als »sicherem Hafen« – insbesondere nach Deutschland und in die Niederlande. So hatte die Bundesbank aus den Target2-Salden im April 2017 Forderungen in Höhe von 843 Mrd. Euro, Luxemburg in Höhe von 189 Mrd. Euro und die Niederlande in Höhe von 102 Mrd. Euro. Im Gegenzug verzeichnete Italien einen negativen Saldo von 412 Mrd. Euro, Spanien von 366 Mrd. Euro.
- Zwar verzeichnet kein Euroland mehr ein gravierendes außenwirtschaftliches Defizit in der Leistungsbilanz. Ursächlich hierfür ist aber vor allem der Einbruch der Importe in den Krisenländern als Folge der Austeritätspolitik. Gleichzeitig verbuchen Nordländer wie Deutschland und die Niederlande exorbitante Leistungsbilanzüberschüsse von mehr als acht Prozent des BIP. In diesem Gefüge produziert die Eurozone insgesamt massive Forderungen gegenüber dem Rest der Welt. Eine Strategie, die darauf setzt, dass sich der Rest der Welt dauerhaft und in zunehmendem Maße gegenüber der Eurozone und insbesondere den wirtschaftlich starken Nordländern verschuldet, steht auf tönernen Füßen.

Davon, dass »die Eurokrise endgültig überstanden ist«, kann also keine Rede sein. Die Wiederkehr eines (bescheidenen) wirtschaftlichen Wachstums kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die grundlegenden Konstruktionsfehler der Eurozone nicht behoben wurden. Vielmehr tickt hier auf zahlreichen Ebenen eine Zeitbombe. Die wirtschaftlichen Ungleichgewichte und zentrifugalen Tendenzen behalten ihre Sprengkraft.

Die Europäische Kommission: Krisenverschleppung und »muddling through«⁶

Auch die aktuellen Brüsseler Debatten über die Zukunft der EU und der Eurozone bleiben weit hinter den Notwendigkeiten und den Herausforderungen der tiefen ökonomischen und politischen Krisen zurück. Zum 60jährigen Jubiläum der Römischen Verträge im März dieses Jahres hat die EU einen erneuten Diskussionsprozess zur Zukunft des vereinten Europas eingeleitet, und ein Weißbuch mit möglichen Szenarien zur weiteren Entwicklung des vereinten Europas vorgelegt. Zusätzlich hat sie fünf Reflexionspapiere vorgelegt, darunter eines zur Wirtschafts-

und Währungsunion⁷ sowie zur sozialen Dimension der europäischen Integration.⁸

Kurzfristig will die Kommission bis 2019 die Bankenunion reformieren, die Kapitalmarktunion beschließen und mittelfristig – von 2020 bis 2025 – die Finanzstruktur im Euroraum, den Euro-Stabilisierungsmechanismus ESM sowie die Architektur der Währungsunion umgestalten. Um mittelfristig eine echte Finanzunion zu erreichen, seien darüber hinaus weitere Maßnahmen zur Risikoeindämmung und -teilung erforderlich. So bemängelt die Kommission zu Recht, dass es im Euroraum keine den US-Staatsanleihen vergleichbare gemeinsame sichere Anlage gibt. Vielmehr haben die Staatsanleihen der Mitgliedstaaten unterschiedliche Risikoeigenschaften, was sich in Krisenzeiten auf die Bankbilanzen auswirkt und zu unterschiedlichen Kredit- und Zinsstrukturen in den verschiedenen Staaten führt. Um diese Differenzen zu beseitigen, müsse über die Einführung einer sicheren europäischen Anlage nachgedacht werden, so die Kommission weiter.⁹

Mittelfristig plädiert sie für die Einführung einer europäischen makroökonomischen Stabilisierungsfunktion. Diese solle bei schweren asymmetrischen Schocks, die nur einzelne Staaten erfassen, die nationalen Haushaltsstabilisatoren ergänzen – aber keine dauerhaften Transfers beinhalten. Ein solches Instrument könne auf verschiedene Weise ausgestaltet werden. Eine Option sei eine Schutzregelung für die öffentlichen Investitionen desjenigen Staates, der von einer Krise betroffen ist. Die Kommission erwägt aber auch die Einführung einer Europäischen Arbeitslosenversicherung, die die nationalen Instru-

Joachim Bischoff ist Mitherausgeber von *Sozialismus*; *Klaus Busch* ist Professor (i.R.) für Europäische Studien an der Universität Osnabrück und europapolitischer Berater der Gewerkschaft ver.di; *Mechthild Schrooten* ist Professorin für Volkswirtschaftslehre mit den Schwerpunkten Geld und Internationale Integration an der Hochschule Bremen sowie SprecherIn der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandumgruppe); *Björn Radke* ist Redakteur von *Sozialismus*; *Axel Troost* ist stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE, war bis September 2017 finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE und ist einer von fünf VorstandssprecherInnen des Instituts Solidarische Moderne (ISM); seit 1981 ist er Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandumgruppe); *Harald Wolf* war von 2002 bis 2011 Wirtschaftssenator in Berlin, seitdem ist er Mitglied des Abgeordnetenhauses und dort verkehrs- und energiepolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE und Mitglied des Parteivorstands der LINKEN.

¹ Handelsblatt vom 13.7.2017.

² European Commission Directorate-General for Economic and Financial Affairs, European Economic Forecast, https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/ip048_en_4.pdf, S. 33f.

³ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/74795/umfrage/jugend-arbeitslosigkeit-in-europa/>.

⁴ European Commission Directorate-General for Economic and Financial Affairs, European Economic Forecast, https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/ip048_en_4.pdf, p.ix.

⁵ Sebastian Dullien, Verlorene zehn Jahre, Zeit-online, 16.2.2016, www.zeit.de/wirtschaft/2016-01/euro-krise-griechenland-italien-bruttoinlandsprodukt-wachstum.

⁶ Die folgenden Abschnitte sind weitgehend übernommen aus: Frank Bsirske/Klaus Busch: Die Zukunft der EU: Integration statt Krisenverschleppung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 9/2017, S. 89-96. Vgl. auch: Klaus Busch/Axel Troost/Gesine Schwan/Frank Bsirske/Joachim Bischoff/Mechthild Schrooten/Harald Wolf: Europa geht auch solidarisch! Streitschrift für eine andere Europäische Union. Hamburg 2016.

⁷ Europäische Kommission, Reflexionspapier zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, Brüssel 2017.

⁸ Europäische Kommission, Reflexionspapier zur sozialen Dimension Europas, Brüssel 2017.

⁹ Europäische Kommission, Reflexionspapier zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, Brüssel 2017, S. 22.

mente ergänzen soll, oder einen »Rainy-Day-Fonds«, aus dem ein Staat Mittel abrufen könnte, um einen Schock abzufedern. Schließlich könne auch ein Haushalt der Eurozone eine stabilisierende Funktion übernehmen.

Die Kommission deutet auch mögliche Veränderungen an der Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion an. Dazu zählen die Einführung eines europäischen Schatzamts, das für die wirtschafts- und finanzpolitische Überwachung des Euro-raums, die makroökonomische Stabilisierung und den Euro-Haushalt sowie die Ausgabe von sicheren europäischen Anlagen zuständig wäre. Auch ein Europäischer Währungsfonds – als Alternative zum Internationalen Währungsfonds mit Sitz in Washington – könnte stabilisierend auf die Eurozone wirken, so die Kommission.

Ein Schritt zurück

Auffällig ist dabei, wie vorsichtig die EU-Kommission in den vergangenen fünf Jahren geworden ist. Noch 2011 hatte ihr damaliger Präsident José Manuel Barroso seine sogenannte Blaupause vorgelegt, die deutlich ambitionierter ausfiel.¹⁰ Sein Papier formulierte noch eine Fundamentalkritik an den Maastrichter Verträgen und forderte nicht zuletzt höhere Steuermittel für die EU, mit deren Hilfe bei einem ökonomischen Schock wie in der Großen Krise 2008/2009 eine antizyklische europäische Fiskalpolitik betrieben werden könnte. Auch plädierte die Blaupause für eine demokratische Kontrolle der so entstandenen Europäischen Wirtschaftsregierung durch das Europäische Parlament. Davon jedoch findet sich im heutigen Reflexionspapier nichts mehr. Stattdessen unterbreitet die Kommission nun mit aller Vorsicht den Vorschlag, asymmetrische Schocks in einzelnen Ländern mithilfe der erwähnten, eher bescheidenen Instrumente zu bewältigen. Das Europaparlament soll dementsprechend keine Kontrollmöglichkeiten, sondern nur zusätzliche Informationsrechte erhalten.

Im Reflexionspapier fehlen darüber hinaus zwei wichtige Instrumente zur gemeinschaftlichen Bewältigung der Schuldenkrise im Euroraum, die in der Blaupause noch enthalten waren: Das Barroso-Papier enthielt einen Schuldentilgungsfonds, mit dessen Hilfe jene Verbindlichkeiten der Mitgliedstaaten abgebaut werden könnten, die über die Marke von 60% des BIP hinausgehen. Außerdem sah es die Einführung von Eurobonds vor, um die Zinsbelastungen der höher verschuldeten Staaten zu reduzieren. Demgegenüber bleiben die Ausführungen des Reflexionspapiers zu einer sicheren europäischen Anlage äußerst vage. Die Kommission kommt dabei den zu erwartenden Widerständen gegen Eurobonds in Staaten wie Deutschland, den Niederlanden und Finnland zuvor.

Auch erwähnt die Kommission mit keinem Wort die großen Leistungsbilanzungleichgewichte zugunsten Deutschlands. Das zeigt erneut die Hegemonialposition Deutschlands in der EU, obwohl Berlin auf dem internationalen Parkett (von den USA, der OECD und dem IWF), aber auch im Euroraum (von Frankreich und Italien) und regelmäßig durch die EU-Kommission in ihren länderspezifischen Empfehlungen wegen seiner abwartenden Politik gegenüber seinen außenwirtschaftlichen Überschüssen durchaus heftig kritisiert wird.

Da kann es nicht verwundern, dass das Reflexionspapier kein Wort über die Austeritätspolitik verliert, die die Eurozone vor allem Südeuropa auferlegt hat. Ganz zu schweigen von der Ignoranz gegenüber der Forderung nach einer größeren europäischen Investitionsoffensive, die von vielen Ökonomen als notwendig erachtet wird, um gerade den stark verschuldeten Staaten in der Eurozone einen größeren Wachstumsimpuls zu verleihen.¹¹

Soziale Rechte ohne Durchschlagskraft

Ähnlich enttäuschend fallen die Vorschläge der EU-Kommission ausgerechnet bei einem ihrer Prestigeprojekte aus, das im Vorfeld hohe Erwartungen geweckt hat – der sogenannten Europäischen Sozialen Säule.¹² Das Konzept einer Säule sozialer Rechte hatte die Kommission seit einem Jahr in einem intensiven Konsultationsprozess mit den Mitgliedstaaten vorbereitet. Der auf dieser Grundlage erarbeitete Vorschlag hat für die Kommission die Bedeutung eines Flaggschiffs zur Vertiefung der sozialen Dimension der Integration: »Die Schaffung einer integrativeren und faireren Union ist eine zentrale Priorität dieser Europäischen Kommission.«¹³

Doch ist dieses Konzept bereits jetzt zum Scheitern verurteilt, da es an fünf entscheidenden Schwächen krankt. Erstens macht die Kommission sehr deutlich, dass die Europäische Säule Sozialer Rechte (ESSR) nicht von ihr, sondern in den Mitgliedstaaten verwirklicht werden soll: »Für Gebiete wie das Arbeitsrecht, Mindestlöhne, Bildung und Erziehung, Gesundheitsfürsorge sowie die Organisation der Sozialschutzsysteme sind in erster Linie oder sogar ausschließlich die Mitgliedstaaten und, in vielen Bereichen, die Sozialpartner zuständig. Sie tragen auf den Gebieten, die zur europäischen Säule sozialer Rechte gehören, auch die finanzielle Hauptlast.«¹⁴

Zweitens setzt die Kommission mit der Deklaration von sozialen Rechten jenen Weg fort, den die EU bereits in der rechtsverbindlichen Grundrechtscharta des Lissabon-Vertrages gewählt hat: Diese Rechte werden nur sehr allgemein formuliert. Und wo es um Leistungen geht – Löhne, Mindestlöhne, Unterstützungen oder Lebensstandard –, ist stets von »angemessen« die Rede. Was man darunter verstehen soll, wird nicht erläutert, auch nicht in den Begleitpapieren und den weiteren Arbeitsunterlagen der Kommission zur ESSR.¹⁵ Jedoch lässt sich über rein deklaratorische Rechte die soziale Dimension der Integration kaum vertiefen, wie im Zuge der Eurokrise schlagend deutlich geworden ist. So haben die zahlreichen sozialen Grundrechte der Charta im Lissabon-Vertrag nicht verhindern können, dass vor allem in Südeuropa durch die Austeritätspolitik die Tarifvertragssysteme unterhöhlt, die Reallöhne abgesenkt und die sozialen Schutzrechte teilweise massiv abgebaut wurden.

Wegen der unspezifischen Formulierung der Rechte kann die Kommission, drittens, an keiner Stelle und bei keinem sozialen Recht benennen, welcher Mitgliedstaat, in welcher Weise dieses Recht verletzt. Sie definiert keine nationalen und/oder europäischen Schwellenwerte, die nicht über- oder unterschritten werden sollten.

Folglich benennt die Kommission, viertens, auch keine Instrumente, weder nationale noch europäische, mit denen ein



»Du bist Europa, wir sind die Einheit« – Macron-Rede in der Pariser Sorbonne, 26.9.2017 (dpa)

einmal die Mitgliedstaaten, Kompetenzen auf die europäische Ebene zu übertragen, um dann mithilfe europäischer Instrumente ein bestimmtes Leistungsniveau in den einzelnen Ländern zu erzwingen.

Damit zeigt sich die EU erneut unfähig, die Ursachen ihrer Integrationskrise zu beseitigen. Weder diskutiert sie eine grundlegende Neuorientierung in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, noch sind ihre Pläne geeignet, die Strukturängel der Wirtschafts- und Währungsunion zu beheben. Schlimmer noch: Durch die Fortsetzung der neoliberalen Arbeits- und Sozialpolitik werden die EU- und Euroskepsis neue Nahrung erhalten. Dieses »Weiter so« ist umso gefährlicher, als in Italien schon die nächste Schicksalswahl ins Haus steht. Mit einem möglichen Wahlsieg der Bewegung »Cinque Stelle«, der »Lega Nord« und »Fratelli d'Italia« stünde die Zukunft der EU und des Euro wieder zur Disposition.

Macron: »Der Retter Europas«?

Neben der zaghaften wirtschaftlichen Erholung der Eurozone hat auch die Wahl Emmanuel Macrons, und dass der von vielen befürchtete Erfolg der Rechtspopulisten Wilders und Le Pen verhindert werden konnte, zu neuem Optimismus über die Aussichten der europäischen Integration geführt. Europa habe wieder »Wind unter den Segeln«, erklärte Jean-Claude Juncker vor dem Europäischen Parlament. Insbesondere der Sieg Emmanuel Macrons und seiner Bewegung »La République en Marche« löste eine Welle der Zuversicht aus. Macron habe nicht nur Le Pen verhindert, sondern vor allem gezeigt, wie man mit einer entschiedenen Befürwortung der europäischen Einigung Wahlen gewinnen könne. Manche feiern ihn gar schon als »Retter Europas«.

Bei genauerer Betrachtung ist der Wahlerfolg Macrons wenig triumphal. Im ersten Wahlgang der Parlamentswahl stimmten gerade einmal 6,4 Mio. Franzosen für »La République en Marche«, das sind gerade einmal 13,4% der Wahlberechtigten und 1,2 Mio. weniger als Marine Le Pen im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen erreichte. Die Höhe seines Wahler-

Über- oder Unterschreiten von Schwellenwerten verhindert werden könnte. Zwar hat die Kommission als Ergänzung zur ESSR eine Reihe von sozioökonomischen Indikatoren veröffentlicht, die dazu dienen sollen, die Fortschritte bei der Realisierung der sozialen Rechte zu überprüfen, bleibt aber auch dabei unverbindlich.¹⁶ Einen alternativen Weg hatte 2013 der damalige Sozialkommissar Laszlo Andor gewählt. Er legte Indikatoren und Instrumente zur Vertiefung der sozialen Dimension der Integration fest.¹⁷ Dieser bislang progressivste Vorschlag, der aus Kreisen der Kommission zu diesem Thema je die Öffentlichkeit erreicht hat, wurde von den europäischen Sozialministern jedoch zu einem unverbindlichen Katalog von Indikatoren kleingeredet, die im Rahmen der wirtschaftlichen Koordination während des alljährlichen Europäischen Semesters Berücksichtigung finden sollten.¹⁸

Alles in allem verhindert die ESSR, fünftens, nicht die Fortsetzung der neoliberalen Politik – ähnlich wie die Charta der Grundrechte im Lissabon-Vertrag, die ebenfalls keinen Schutz vor dem Abbau des Sozialstaates bot. Emmanuel Macrons geplante Reformen des Arbeits- und Sozialrechts werden beispielsweise durch eine ESSR nicht behindert und schon gar nicht gestoppt. Es bleibt also dabei, dass die Kommission weder die Kompetenz hat, ein bestimmtes Niveau an sozialen Rechten durchzusetzen, noch die Mitgliedstaaten auffordert, ein bestimmtes Niveau zu erreichen. Mehr noch: Sie drängt nicht

¹⁰ Europäische Kommission, Ein Konzept für eine Vertiefte und Echte Wirtschafts- und Währungsunion – Auftakt für eine europäische Diskussion, Brüssel 2012.

¹¹ Peter Bofinger u.a., Eine Strategie für mehr Investitionen, mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa, Arbeitspapier der Gruppe »Restart EUROPE now!«, Berlin 2017.

¹² Europäische Kommission, Vorschlag für eine interinstitutionelle Proklamation zur europäischen Säule sozialer Rechte, Brüssel 2017.

¹³ Europäische Kommission, Mitteilung der Kommission an das europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen zur Einführung einer Säule sozialer Rechte, Brüssel 2017, S. 2.

¹⁴ Ebd., S. 7.

¹⁵ Europäische Kommission, Arbeitsunterlagen der Kommissionsdienststellen – Begleitunterlage zur Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen zur Einführung einer Säule sozialer Rechte, Brüssel 2017.

¹⁶ Europäische Kommission, Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen – Sozialpolitisches Scoreboard, Brüssel 2017.

¹⁷ Non-paper, The social dimension of a genuine Economic und Monetary Union, Brüssel 2013.

¹⁸ Zur Weiterentwicklung des Konzepts von Andor vgl. Frank Bsirske und Klaus Busch, A Concept for Deepening the Social Dimension of the EU, www.socialeurope.eu, 14.8.2013.

folgs und die erdrückende parlamentarische Mehrheit für »La République en Marche« sind u.a. den Besonderheiten des französischen Wahlsystems geschuldet, und der Entscheidung vieler WählerInnen für Macron als »kleinerem Übel« und gegen Le Pen zu stimmen.

Mit dem Slogan »Weder links noch rechts« konnte Macron an einer »Anti-Establishment-Stimmung« angesichts des Scheiterns der vorhergegangenen sozialistischen und konservativen Regierungen anknüpfen, und das althergebrachte Parteiensystem durch eine Politik der »radikalen Mitte« pulverisieren. Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, wie dünn die gesellschaftliche Basis für Macrons Projekt ist.

Auch bei den französischen Wahlen zeigte sich die Polarisierung zwischen kosmopolitischem Neoliberalismus und autoritärem Populismus, wie sie schon beim Brexit-Referendum und der Wahl von Donald Trump zum amerikanischen Präsidenten zu beobachten war. Wie Donald Trump und die Leave-Kampagne gewann Le Pen in den strukturschwachen, vom Niedergang der Altindustrien betroffenen peripheren Regionen, während Macron in den eher liberal orientierten städtischen Zentren erfolgreich war. Alarmierend ist, dass Le Pen bei den Präsidentschaftswahlen 56% der ArbeiterInnenstimmen und 69% der Stimmen von WählerInnen mit geringem Einkommen erhielt.¹⁹

Gelingt es nicht, den Menschen in den strukturschwachen Regionen eine Perspektive zu geben, und eine Entwicklung einzuleiten, in der die EU und die Eurozone nicht mehr als Treiber von Deregulierung und Austerität erscheinen, bleibt die rechtspo-

listische Gefahr weiter virulent. Als eher diffuse Bewegung eignete sich »La République en Marche« zunächst als Projektionsfläche für Hoffnungen der Französischen und Franzosen. In Regierungsverantwortung wird sie sich in Richtung einer normalen Partei angleichen müssen und dürfte dabei etliche ihrer Mitstreiter und Sympathisanten verprellen. Bei der nächsten Wahl wird sich »En Marche« jedenfalls nicht mehr auf einen Vertrauensvorsprung stützen können, sondern muss konkrete Erfolge gegen die Spaltung der Gesellschaft vorweisen können.

Neoliberale Agenda für Frankreich

Dass Macron dies gelingt, ist angesichts seiner wirtschaftspolitisch neoliberalen Agenda für Frankreich zu bezweifeln. Mit einer radikalen Arbeitsmarktreform sollen der Kündigungsschutz liberalisiert, Entlassungen vereinfacht und die Höhe von Abfindungen gedeckelt werden. Arbeitszeit, Überstunden, Löhne und Arbeitsschutzregelungen sollen künftig auf betrieblicher Ebene vereinbart werden, Branchentarifverträge oder branchenübergreifende Regelungen können so ausgehebelt werden. Auch die Höhe des Mindestlohns und die 35-Stunden-Woche stehen zur Disposition. Gleichzeitig sollen Unternehmenssteuern von 33,5% auf 25% reduziert werden. Um das Drei-Prozent-Ziel der Maastricht-Verträge einzuhalten, soll in diesem Jahr der Etat um 4,5 Mrd. Euro gekürzt werden und bis 2022 sollen die Gebietskörperschaften insgesamt 13 Milliarden Euro einsparen.

Um diese neoliberale Agenda sozial abzufedern, kündigte Macron im Wahlkampf an, sich am skandinavischen »Flexicurity«-Modell zu orientieren. Die Grundidee dieses Modells beruht auf der Annahme, dass die Bereitschaft von Unternehmen steigt, bei einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes Beschäftigte mit einem unbefristeten Arbeitsvertrag einzustellen. Im Gegenzug sollen die Lohnabhängigen verbesserte soziale Absicherung und Qualifizierungsmaßnahmen und dadurch größere Chancen für eine Reintegration in den Arbeitsmarkt erhalten. Damit aber ein solches Flexicurity-Projekt auch nur annähernd seine Ziele erreichen kann, ist ein makroökonomisches Umfeld mit ausreichend fiskalischem Spielraum und ein investitionsgetriebenes Wachstum erforderlich. Dies war Anfang der 1990er Jahre in Dänemark der Fall. Gänzlich anders aber sieht es heute in Frankreich aus: Die Investitionsrate befindet sich seit Jahren auf niedrigem Niveau, und mit den Haushaltskürzungen werden von der öffentlichen Nachfrage keine Wachstumsimpulse ausgehen.²⁰

Dies ist auch einer der Hintergründe für Macrons europäische Agenda. Will er nicht scheitern wie sein Vorgänger Hollande, braucht er dringend eine Investitionsoffensive. Deutschland müsse »für eine Wiederbelebung der öffentlichen und privaten Investitionen in Europa sorgen«. Die Schere zwischen den Ländern der Eurozone klaffe immer weiter auseinander. »Die Länder, die bereits verschuldet waren, machen immer mehr Schulden. Diejenigen, die schon konkurrenzfähig waren, sind noch konkurrenzfähiger geworden.« Diese Situation sei nicht gesund, »weil sie nicht von Dauer ist.«²¹ Stärkere Solidaritätsmechanismen seien »der Schlüssel zu einer beständigen Union. Wenn es in Frankreich keine Transferleistungen zwischen der Île-de-France und den ländlichen Regionen gäbe, würde die nationale Einheit nicht lange Bestand haben.«²²



Informativ, knapp und klar:

Ossietsyky

Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietsyky seit 1998



»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«

Carl von Ossietzky in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931

Ossietsyky erscheint alle zwei Wochen – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietsyky herausgegeben von Matthias Biskupek, Rainer Butenschön, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke und Otto Köhler, begründet 1997 von Eckart Spoo.

Ossietsyky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

Ossietsyky Verlag GmbH • ossietsyky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre • www.ossietsyky.net

Mit der Forderung nach einer Fiskalunion, einem eigenen, vom Parlament kontrollierten Haushalt mit der Möglichkeit der Kreditaufnahme und nach einem Finanzminister der Eurozone greift er zentrale Probleme und Konstruktionsfehler der Eurozone auf. »Deutschland muss sich bewegen«, fordert er. Um die Erfolgsaussichten zu erhöhen, ist Macron bereit, auf einen Konsens der Mitgliedstaaten der EU bzw. der Eurozone zu verzichten und einzelne Reformelemente nur in denjenigen Staaten innerhalb und außerhalb des Euroraums zu implementieren, die zu diesem Integrationsschritt bereit sind – ganz im Sinne eines Europas der mehreren Geschwindigkeiten.

Macron plädiert für eine umfassende Wirtschaftsreform und die Vereinbarung sozialer Mindeststandards. Die Reformvorschläge für einen Ausbau der wirtschaftlichen Strukturen der Eurozone hat Macron in eine Reformoption für die EU insgesamt eingebaut. In einer Grundsatzrede (am 26.9.2017) konstatiert der französische Präsident, dass die EU »zu langsam, zu schwach, zu ineffizient« sei. Nur ein starkes Europa könne sich den Herausforderungen einer globalisierten Welt stellen. Konkret schlug Macron vor, eine »europäische Staatsanwaltschaft« zu schaffen, um den Kampf gegen den Terrorismus zu verstärken. Darüber hinaus will er eine »europäische Asylbehörde« ins Leben rufen, um schneller über die Anträge von Flüchtlingen entscheiden zu können. Mit der Einführung einer seit Jahren debattierten Finanztransaktionssteuer soll künftig die Entwicklungshilfe ausgeweitet werden. Zudem schlägt Macron einen europäischen Zivilschutz vor, um die EU besser gegen Naturkatastrophen zu wappnen. Macron plädierte weiter für ein europäisches Verteidigungsbudget und eine gemeinsame Interventionsstruppe. Diese soll zum Beginn des kommenden Jahrzehnts geschaffen werden. Europa solle dann auch eine »gemeinsame Doktrin« haben. Ob angesichts der aktuellen Kooperationschwierigkeiten in der EU ein gemeinsames Militärkonzept den Weg zu einer Stabilisierung der Staatengemeinschaft eröffnet, darf bezweifelt werden. Sicherlich würde eine Konzentration der Reformen auf die Eurozone die internen Divergenzen in der EU eher verstärken, aber die Vorschläge für eine Reform der EU insgesamt zeigen wenig Realitätstüchtigkeit.

Deutschland hält weiter am Dogma der »Stabilitätsunion« fest

Auf deutscher Seite war allerdings bislang wenig Bereitschaft zur Bewegung zu erkennen. Zwar hieß es in einer ersten Erklärung von Bundesfinanzminister Schäuble und seinem französischen Kollegen Le Maire im Mai, dass Deutschland und Frankreich anerkennen, dass die aktuelle Architektur der Eurozone mangelhaft sei und deshalb gestärkt werden müsse. Auf die Nennung konkreter Maßnahmen wurde jedoch verzichtet. Denn es bleibt bei einem Grundkonflikt zwischen den deutschen und französischen Reformvorstellungen: »Während Paris vor allem auf mehr Solidarität und Vergemeinschaftung drängt, geht es der Bundesregierung um mehr Kontrolle und Reformbereitschaft«, stellte das Handelsblatt fest.²³

In den Vorstellungen der Unionsparteien von einer »Stabilitätsunion« geht es vor allem darum, staatliche Ausgaben zu begrenzen, Staatsschulden zu reduzieren, die Regeln von Maast-

richt und des Stabilitäts- und Wachstumspakts einzuhalten und dabei Finanz- und Risikotransfers zwischen den Mitgliedstaaten möglichst zu vermeiden bzw. auf ein Minimum zu beschränken. So schlägt die CDU in ihrem Wahlprogramm die Weiterentwicklung des ESM zu einem Europäischen Währungsfonds vor. Geht es nach den Vorstellungen des bisherigen Finanzministers, Schäuble, soll diesem die Kontrolle der nationalen Haushalte übertragen werden.

Ein Budget der Eurozone würde in dieser Vorstellungswelt auch nur ein »Rainy Day-Fonds« sein – ein »Fonds für schlechte Tage« –, der Staaten in Schwierigkeiten mit später zurückzuzahlenden Mitteln unterstützt. Diese Unterstützung stünde aber unter der Bedingung, dass die Staaten sich zu »Strukturreformen« verpflichten. In der gleichen Logik ist auch der Vorschlag von Schäuble zu sehen, wonach die Vergabe von Mitteln der Kohäsionsfonds an Stabilitätsauflagen gebunden werden.²⁴ Diese Überlegungen sind das Gegenteil eines parlamentarisch-demokratisch kontrollierten Haushalts. Würden sie realisiert, wäre dies ein weiterer Schritt der Überantwortung zentraler politischer Entscheidungsbefugnisse an eine postdemokratische, technokratische Elite.

Im Unterschied dazu gehen Macrons Vorschläge über einen mit Auflagen gekoppelten »Rainy Day-Fonds« hinaus. Ein Haushalt der EU-Zone soll die im gemeinsamen Währungsraum entstandenen Ungleichgewichte und eingeschränkten Möglichkeiten nationaler Fiskalpolitik ausgleichen, und zur Konvergenz in der Eurozone beitragen. Damit ein solcher Haushalt auch mit ausreichender Finanzkraft ausgestattet ist, forderte der französische Präsident, dass ein Eurozonen-Budget auch die Fähigkeit zur Kreditaufnahme haben müsse. Zwar schloss er angesichts der deutschen Widerstände gegen Eurobonds eine Vergemeinschaftung bereits existierender Schulden aus, für die Zukunft sollte jedoch eine gemeinsame Kreditaufnahme ermöglicht werden. Und im Gegensatz zu Schäubles Modell, wonach die Technokraten eines zum Europäischen Währungsfonds umgebauten ESM die Einhaltung von Regeln und Auflagen überwachen sollen, soll nach Macrons Vorstellungen der geforderte Haushalt der Eurozone parlamentarisch kontrolliert werden.

Bei allen verbalen Annäherungen Angela Merkels an Macrons europapolitische Vorschläge bleiben also gravierende Unterschiede in den Auffassungen zwischen Paris und Berlin bestehen. Angela Merkel, stellte Wolfgang Münchau zutreffend fest, »ist proeuropäisch, solange es deutschen Interessen und ihrer eigenen Machtpolitik dient«.²⁵ Jenseits der rhetorischen

¹⁹ www.ipsos.fr/decrypter-societe/2017-05-07-2nd-tour-presidentielle-2017-sociologie-electorats-et-profil-abstentionnistes.

²⁰ Philip Rathgeb, Fabio Wolkenstein, Third-way à la française: What do Macron's reforms involve and how likely are they to succeed?, <http://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2017/06/23/third-way-francaise-macron-reforms/>.

²¹ »Macron: »Deutschland muss sich bewegen«, www.faz.net/aktuell/politik/ausland/emmanuel-macron-appelliert-an-deutschland-15103946.html.

²² »Macron fordert, Merkel zögert«, www.zeit.de/politik/ausland/2017-07/frankreich-angela-merkel-emmanuel-macron-eurozone.

²³ »Eurozone. Mehr Geld, mehr Reformen«, Handelsblatt vom 14./15./16. Juli 2017.

²⁴ Vgl. »Mehr Geld, mehr Reformen«, a.a.O., und Thomas Fazi, Rückkehr der deutsch-französischen Allianz, <https://makroskop.eu/2017/07/rueckkehr-der-deutsch-franzoesischen-allianz/>.

²⁵ Wolfgang Münchau, Die Achse Macron-Merkel, Handelsblatt, 6.7.2017.

Zugeständnisse gibt es keine substanzielle Änderung der deutschen Europapolitik und der bisherigen Orientierung an einer »Stabilitätsunion« sowie der Forderung, dass alle Euroländer durch Strukturreformen nach deutschem Vorbild zu »Überschussländern« werden müssen. So ist es auch nicht erstaunlich, dass der deutsch-französische Gipfel vom Juli dieses Jahres sich zunächst nur auf die Schaffung eines europäischen Verteidigungsfonds und die gemeinsame Beschaffung und Entwicklung von Rüstungsgütern sowie ein Investitionsprogramm für Informationstechnologien in Höhe von einer Milliarde Euro einigen konnte.

In diese Ausgangslage plätzen die Ergebnisse der Bundestagswahl, die der großen Koalition einen massiven Stimmenverlust bescherte und die AfD in den Bundestag hineinkatapultierte. Damit holt Deutschland eine Entwicklung nach, die in anderen europäischen Staaten mit der FPÖ, der Wilders-Partei, dem Front National etc. längst erschreckender Alltag ist. Da auch die FDP mit einem dezidiert jede Vertiefung der Währungsunion ablehnenden Kurs stark in den Bundestag einzieht, rückt im Ergebnis der Bundestag deutlich nach rechts. Als Koalitionspartner einer möglichen Jamaika-Koalition werden zwar die Grünen mit einem dezidiert integrationsfreundlichen Europa-Kurs ein Gegengewicht darstellen.

Die Europapolitik dürfte dadurch zu einem wichtigen Zankapfel der Koalitionsgespräche werden. Angesichts dieser Konstellation droht Macron, wie sein Vorgänger Hollande, von Deutschland ausgebremst zu werden und die notwendige Reform der Eurozone in unzureichenden, technokratischen Kompromissen steckenzubleiben. »Fällt die Reform zu klein aus, dann werden die Menschen sie tatsächlich ablehnen. Sie wollen nicht mehr das Europa der Bürokraten, all das Klein-Klein. Wir brauchen einen großen Wurf. Und eine offene Debatte, nicht wie bisher Europa nur von oben herab«, mahnte Macron schon in einem Interview im Jahre 2015.²⁶

Wird Macrons europäische Agenda von Deutschland blockiert bzw. im »deutschen Interesse« kleingearbeitet, und setzt er gleichzeitig seine neoliberalen Strukturreformen in Frankreich durch, wird dies zu einer Nachfrage- und Investitionsschwäche und damit zu einer deflationären Entwicklung führen. Dies aber wäre der Nährboden für eine Wiederauferstehung des besiegt geglaubten Rechtspopulismus und des Front National und eine existenzielle Bedrohung der EU.

Der Schlüssel zur Lösung der europäischen Krise liegt in Deutschland

Nur mit einer grundlegenden Veränderung der Politik des »Germany first« werden die notwendigen Veränderungen in der Eurozone und der EU umgesetzt werden können. Unbeirrt hält die Bundesrepublik jedoch bisher an der Ideologie der »Stabilitätsunion« und des »Wettbewerbsstaates« fest. Dogmatisch besteht sie auf ihrem Kurs der »Strukturreformen« und der verordneten Austerität auf europäischer Ebene. Obwohl es eine ökonomische Binsenweisheit ist, dass ein einheitlicher Währungsraum auf Dauer nicht ohne Ausgleichsmechanismen und Fiskalunion überleben kann, verfolgt sie stattdessen unbeirrt eine Strategie der »inneren Abwertung« durch Lohnkürzungen, Zerstörung

der Tarifautonomie und Budgetkürzungen in den Krisenländern. Die jüngsten Verhandlungen über die Freigabe der Kredittranche für Griechenland haben einmal mehr die starre deutsche Haltung demonstriert. Trotz der Forderung des IWF, und obwohl es offensichtlich ist, dass ohne Schuldenerleichterung Griechenland nicht auf die Beine kommen kann, scheiterte dies wieder am Nein der Bundesregierung. Sie überlässt damit die Aufgabe der Stabilisierung der Eurozone der Europäischen Zentralbank mit ihrer Politik des »Quantitative Easing«.

Aber auch Draghis »whatever it takes« gerät an seine Grenzen. Mit der jüngsten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die die Vereinbarkeit des EZB-Programms zum Ankauf von Staatsanleihen mit dem Verbot monetärer Staatsfinanzierung bezweifelt, und der Anrufung des Europäischen Gerichtshofs steigt zumindest der politische Druck vor allem aus Deutschland zum Ausstieg aus dem »Quantitative Easing«. In ihrem letzten Urteil zum Anleihekaufprogramm der EZB hatten EuGH und Bundesverfassungsgericht die Käufe mit dem Vorbehalt genehmigt, dass die EZB nicht mehr als ein Drittel der Anleihen einzelner Staaten aufkauft. Diese Grenze wird jedoch bald bei den Anleihen einiger Staaten erreicht sein. Gleichzeitig steht die EZB vor einem Dilemma, denn noch immer ist die Zielinflationsrate von zwei Prozent nicht erreicht – im August lag sie im Durchschnitt der Eurozone bei 1,5%, die Kerninflationsrate bei nur 1,2%.

Gleichzeitig führte die Verunsicherung in den USA angesichts der erratischen Politik der Trump-Administration zu einem Anstieg des Eurokurses gegenüber dem US-Dollar. Ein Ausstieg aus der Politik des billigen Geldes würde diese Entwicklung noch verstärken und damit die Ziele der bisherigen EZB-Politik konterkarieren und die wirtschaftliche Erholung gefährden.

Die Probleme des Euroraums können nicht dauerhaft durch die EZB »eingefroren« werden. Wenn Deutschland nicht den Weg frei macht für eine Beendigung der Austeritätspolitik und eine wirkliche Reform der Eurozone, die die Konstruktionsmängel der Währungsunion beseitigt, wird der Euro scheitern – mit verheerenden ökonomischen und politischen Konsequenzen. Rechtspopulismus und Nationalismus werden erstarken. Es ist höchste Zeit, dass die deutsche Linke, Gewerkschaften und alle, die für ein solidarisches und demokratisches Europa eintreten, den Kampf für eine andere Europapolitik Deutschlands zu einem zentralen Thema der innenpolitischen Auseinandersetzung machen. Die Themen liegen auf der Hand: ein Ende der Austerität, gemeinschaftliche Instrumente zur Schuldenaufnahme und Entschuldung, ein europäisches Investitionsprogramm für den sozial-ökologischen Umbau, ein Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte insbesondere durch Überschussländer, ein demokratisch kontrollierter Haushalt der Eurozone mit dem Recht zur Kreditaufnahme und ein verbindliches Verfahren zur Stärkung sozialer Rechte.

²⁶ Emmanuel Macron im Interview: Wir wollen eine Neugründung Europas, www.sueddeutsche.de/politik/emmanuel-macron-im-interview-wir-wollen-eine-neugruendung-europas-1.2628139.